

Wahlprüfsteine vaeteraufbruch.de

1. Grundgesetzlicher Schutz von Trennungsfamilien

Erkennt Ihre Partei Trennungsfamilien als Familie im Sinne des Artikel 6 Grundgesetz an und wird sie sich für die Stärkung einer gleichermaßen verpflichteten Elternschaft einsetzen, insbesondere in Bezug auf Rechte und Pflichten nach einer Trennung?

2. Wechselmodell als Leitbild

Setzt sich Ihre Partei für die gesetzliche Verankerung des Wechselmodells als Leitbild für Trennungsfamilien ein, um den Kontakt von Kindern zu beiden Elternteilen sicherzustellen, Konflikte zu vermeiden und eine paritätische Betreuung als Regelfall zu fördern?

3. Schutz vor Entfremdung

Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um Kinder besser vor Entfremdung zu schützen? Unterstützen Sie zum Beispiel die Einführung einer Schulbezirksregelung, um den Wegzug eines Elternteils zu erschweren, wenn dieser den Kontakt des Kindes zum anderen Elternteil beeinträchtigen könnte?

4. Strukturelle Reform der Jugendhilfe

Unterstützt Ihre Partei eine umfassende Reform der Jugendämter, um Transparenz, Effizienz und Fachkompetenz zu stärken? Sind Sie für die Einführung einer spezialisierten Abteilung für Trennungsfamilien mit qualifizierten Mitarbeitern, um eine bessere Unterstützung für betroffene Kinder und Eltern zu gewährleisten?

5. Reform des Unterhaltsrechts

Welche Schritte plant Ihre Partei, um das Unterhaltsrecht so zu reformieren, dass finanzielle Verantwortung und Betreuungsleistungen beider Elternteile gleichermaßen anerkannt werden? Wie werden Sie Fehlanreize vermeiden, die dazu führen, dass ein Elternteil bewusst aus der gemeinsamen Betreuung ausgeschlossen wird? Ziel ist eine faire Aufteilung der elterlichen Verantwortung, um das Wohl der Kinder zu gewährleisten.

6. Effiziente und faire Familiengerichtsbarkeit

Wie steht Ihre Partei dazu, kindschaftsrechtliche Verfahren effizienter und stärker auf eine Konkordanz der Grundrechtspositionen des Kindes und seiner Eltern auszurichten? Welche Reformen plant Ihre Partei, um Konflikte im Vorfeld zu vermeiden, frühzeitig zu entschärfen und die Entscheidungsfindung in familiengerichtlichen Verfahren zu verbessern? Unterstützen Sie eine echte Fortbildungspflicht für Familienrichter?

7. Kindergeld und Unterstützungsleistungen

Wie steht Ihre Partei dazu, Kindergeld und Unterstützungsleistungen fair zu verteilen und zugleich das Melderecht so anzupassen, dass Kinder in Trennungsfamilien gleichwertig in beiden Haushalten

gemeldet werden können, um ihre Bindungen zu beiden Elternteilen besser zu berücksichtigen und statistisch abzubilden?

8. Vereinbarkeit von Beruf und Elternschaft

Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um Vätern und Müttern gleichberechtigten Zugang zu einer Familienstartzeit sowie berufliche Flexibilität zu ermöglichen, um auch eine getrennte Elternschaft und frühe Bindung des Kindes zu Mutter und Vater gleichermaßen zu fördern?

9. Prävention von und Schutz vor Gewalt

Gewalt hat viele Gesichter – von psychischer über sexuelle bis hin zu körperlicher Gewalt. Insbesondere psychische Gewalt, wie die Entfremdung und Isolierung des Kindes vom anderen Elternteil, bleiben oft unbeachtet. Unterstützt Ihre Partei eine geschlechterneutrale Gewaltprävention, die alle Formen von Gewalt einbezieht, sowie den Ausbau von Schutzangeboten für Männer, Frauen und Kinder?

10. Aufbau auf bestehender Vorarbeit und Abkehr von schädlichen Narrativen

Das Bundesjustizministerium hatte im Oktober 2024 Referentenentwürfe für Reformen im Abstammungs-, Kindschafts- und Unterhaltsrecht versandt. Diese Entwürfe enthalten erste Ansätze, um den veränderten Anforderungen moderner Familienstrukturen gerecht zu werden und die Rechte von Kindern sowie beider Elternteile besser zu berücksichtigen.

Antworten zu den Wahlprüfsteinen unseres Bundestagsdirektkandidaten Manuel Tessun im Wahlkreis 222 Bad Tölz Wolfratshausen

Zum Hintergrund: Manuel Tessun ist selbst geschieden, seine beiden leiblichen Kinder leben in Österreich bei der Mutter, sind aber rund 100 Tage im Jahr an Wochenenden und in den Ferien bei ihm, er hatte zunächst das Nestmodell vereinbart, als seine Frau wegzog stand das ganze kurz vor der gerichtlichen Auseinandersetzung, durch Mediation konnte eine im Kindessinne gute Lösung gefunden werden. Heute lebt er mit seiner neuen Partnerin und deren Kindern und seinen Kindern in einer Patchworkfamilie und kennt alle Höhen und Tiefen dieser Lebensformen und die Auseinandersetzungen mit den anderen Elternteilen, vor allem aber auch mit Schulen und Behörden, wenn er nicht der leibliche Vater ist, aber Termine für seine Bonuskinder wahrnimmt.

1. Grundgesetzlicher Schutz von Trennungsfamilien

Ja, die ÖDP erkennt **Trennungsfamilien** als Familie im Sinne des Grundgesetzes an und setzt sich für eine **verantwortungsvolle Elternschaft beider Elternteile** ein – unabhängig vom Beziehungsstatus. Beide Eltern haben Rechte und Pflichten gegenüber ihren Kindern. Zusätzlich befürworte ich die **erweiterte Erziehungsberechtigung für Patchworkfamilien**, sodass jedes Kind neben den leiblichen Eltern bis zu **zwei weitere Wahlerziehungsberechtigte** haben kann. Gerade in modernen Familienkonstellationen ist es wichtig, dass enge Bezugspersonen rechtlich abgesichert sind und Verantwortung übernehmen können.

2. Wechselmodell als Leitbild

Die ÖDP unterstützt grundsätzlich eine **gleichberechtigte Elternschaft** und den **stabilen Kontakt zu beiden Elternteilen** nach einer Trennung. Die gesetzliche Verankerung des Wechselmodells als generelles Leitbild wird jedoch differenziert betrachtet. Entscheidend ist das **Kindeswohl**, weshalb die Betreuungsform individuell angepasst werden muss. Die ÖDP setzt sich für **flexible Lösungen** ein, bei denen die Bedürfnisse des Kindes im Mittelpunkt stehen.

3. Schutz vor Entfremdung

Kinder haben das Recht auf beide Elternteile. Die ÖDP setzt sich für **Mediationsangebote und Präventionsmaßnahmen** ein, um Elternkonflikte frühzeitig zu entschärfen.

Eine **Schulbezirksregelung**, um einen Wegzug zu erschweren, wird kritisch gesehen, da sie in Grundrechte eingreifen könnte. Stattdessen fordert die Partei Maßnahmen, um die Eltern zu einer **gemeinsamen Lösungsfindung im Sinne des Kindeswohls** zu motivieren.

4. Strukturelle Reform der Jugendhilfe

Ja, die ÖDP fordert eine **Reform der Jugendämter**, um deren **Transparenz, Effizienz und Fachkompetenz** zu stärken. Eine spezialisierte Abteilung für Trennungsfamilien mit geschulten Fachkräften kann eine wichtige Unterstützung sein, um Konflikte professionell zu begleiten und das Kindeswohl besser zu gewährleisten.

5. Reform des Unterhaltsrechts

Die ÖDP befürwortet eine **gerechtere Anerkennung von Betreuungs- und Unterhaltsleistungen beider Elternteile**. Eine faire Aufteilung finanzieller Verantwortung soll Fehlanreize vermeiden, die dazu führen, dass ein Elternteil bewusst aus der Betreuung ausgeschlossen wird. Reformen im Unterhaltsrecht müssen stets das Kindeswohl und die tatsächliche Betreuungsleistung berücksichtigen.

6. Effiziente und faire Familiengerichtsbarkeit

Die ÖDP fordert eine **stärkere Ausrichtung familiengerichtlicher Verfahren auf das Kindeswohl** und eine bessere **Konkordanz der Grundrechte von Kind und Eltern**. Mediation soll gestärkt werden, um Konflikte frühzeitig zu entschärfen. Eine **verpflichtende Fortbildung für Familienrichter** wird als sinnvoll erachtet, um aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse in familiengerichtlichen Entscheidungen besser zu berücksichtigen.

7. Kindergeld und Unterstützungsleistungen

Die ÖDP setzt sich für eine gerechte Verteilung des **Kindergeldes und der Unterstützungsleistungen** ein, insbesondere bei getrennt lebenden Eltern mit paritätischer Betreuung. Eine Reform des Melderechts, sodass Kinder in beiden Haushalten gleichwertig berücksichtigt werden, wird unterstützt, um statistische Ungerechtigkeiten zu beseitigen. Zudem sollten **Wahlerziehungsberechtigte in Patchworkfamilien** in Betreuungsleistungen und Ansprüchen angemessen berücksichtigt werden.

8. Vereinbarkeit von Beruf und Elternschaft

Die ÖDP fordert Maßnahmen zur besseren **Vereinbarkeit von Familie und Beruf**, wie etwa eine **Familienstartzeit für beide Elternteile** sowie mehr Flexibilität in der Arbeitswelt. Die frühe Bindung zu beiden Elternteilen ist essenziell, auch bei getrennten Eltern. Die Partei setzt sich für einen strukturellen Ausbau von **Kinderbetreuungsangeboten** und eine **faire Elternzeitregelung** ein.

9. Prävention von und Schutz vor Gewalt

Die ÖDP unterstützt eine **geschlechterneutrale Gewaltprävention**, die alle Formen von Gewalt – psychische, physische und sexuelle – einbezieht. Entfremdung und Isolierung eines Kindes von einem Elternteil sind Formen psychischer Gewalt und müssen ernst genommen werden. Die Partei fordert einen **Ausbau von Schutzangeboten für Männer, Frauen und Kinder** sowie stärkere Maßnahmen gegen häusliche Gewalt.

10. Reformen im Abstammungs-, Kindschafts- und Unterhaltsrecht

Die ÖDP begrüßt sinnvolle **Reformen im Kindschafts- und Unterhaltsrecht**, die den veränderten Familienstrukturen gerecht werden, lehnt jedoch ideologische Ansätze ab, die das Kindeswohl nicht klar in den Mittelpunkt stellen. Entscheidungen müssen praxisnah, gerecht und unabhängig von wirtschaftlichen oder politischen Interessen getroffen werden.

Zu den Ergänzungsfragen:

1. Wie wird Ihre Partei auf der bestehenden Vorarbeit des Bundesjustizministeriums aufbauen, um die Rechte und Bedürfnisse von Kindern und beiden Elternteilen nach einer Trennung gleichermaßen zu stärken?

Die ÖDP befürwortet Reformen, die das **Kindeswohl und die gleichberechtigte Elternschaft** nach einer Trennung in den Mittelpunkt stellen. Wir unterstützen gesetzliche Anpassungen, die **beide Elternteile als gleichwertige Bezugspersonen** anerkennen und ihre Rechte und Pflichten stärken. Bestehende Ansätze aus dem Bundesjustizministerium sollten weiterentwickelt werden, um **bürokratische Hürden abzubauen, Mediation zu fördern und familiengerichtliche Verfahren effizienter zu gestalten**. Besonders wichtig ist, dass **die Beziehung des Kindes zu beiden Elternteilen** nicht durch einseitige Entscheidungen oder Fehlanreize beeinträchtigt wird.

2. Welche weiteren Reformen plant Ihre Partei, um eine gleichberechtigte Elternschaft nach Trennung zu fördern und Fehlanreize zu beseitigen, die zur Ausgrenzung eines Elternteils führen können?

Die ÖDP setzt sich für eine **Reform des Unterhaltsrechts** ein, bei der nicht nur finanzielle Beiträge, sondern auch **Betreuungsleistungen beider Elternteile** gleichermaßen berücksichtigt werden. Fehlanreize, die dazu führen, dass ein Elternteil bewusst aus der Betreuung ausgeschlossen wird, müssen beseitigt werden. Zudem fordern wir **die erweiterte Erziehungsberechtigung für Patchworkfamilien**, sodass ein Kind neben den leiblichen Eltern bis zu zwei Wahlziehungsberechtigte haben kann. Dies würde modernen Familienstrukturen besser gerecht werden. Darüber hinaus soll das **Melderecht angepasst werden**, damit Kinder in beiden Haushalten statistisch gleichwertig erfasst werden.

3. Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um vorrangig die gemeinsame Elternschaft auch nach Trennung in den Fokus zu rücken und eine kooperative Elternschaft als Leitbild in Gesetz und Praxis zu ermöglichen?

Die ÖDP unterstützt das Leitbild einer **kooperativen Elternschaft**, die den Kontakt zu beiden Elternteilen fördert. Dazu gehören **Mediationsangebote, frühzeitige Beratung und eine bessere Unterstützung durch Jugendämter**. Familiengerichte sollten verstärkt auf **deeskalierende Maßnahmen** setzen, um hochstrittige Fälle zu vermeiden. Wir befürworten zudem eine **Fortbildungspflicht für Familienrichter**, um aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse zur kindlichen Entwicklung und Bindungsforschung in Entscheidungen einfließen zu lassen. Außerdem setzen wir uns für eine **Reform der Jugendämter** ein, um deren Neutralität, Effizienz und Transparenz zu stärken und sicherzustellen, dass das Kindeswohl tatsächlich im Mittelpunkt steht.